

Eurokrise: Die Ungleichheit wächst wieder in Europa

Michael Dauderstädt und Cem Keltek¹

Auf einen Blick

Die von der EU und Eurostat immer unterschätzte Ungleichheit in Europa ist zwischen 2009 und 2010 wieder gestiegen. Davor hatten noch Jahre aufholenden Wachstums in der ärmeren Peripherie die Ungleichheit abgebaut, auch wenn sie innerhalb der meisten Länder zunahm. Aber selbst in der Großen Rezession von 2009 nahm die Ungleichheit weiter ab – dank besserer Binneneinkommensverteilung wegen sinkender Profite und eines immer noch leicht höheren Wachstums in den ärmeren Ländern. Sie erreichte so 2009 einen Tiefstand von 8,5 (etwa das Niveau der USA von 2000), um 2010 wieder auf 9,5 anzusteigen. Die Auswirkungen der Schuldenkrise sind noch unklar: Zwar nimmt in den Schuldnerländern die Ungleichheit zu und das Prokopfeinkommen allgemein eher ab, aber Spanien und Irland gehörten bisher zu den reichen Ländern.

Die Krise im Euroraum beherrscht mit ihrer von der Panik der Märkte getriebenen und von den Staaten kaum gebremsten Dynamik die europäische Politik und Öffentlichkeit. Anscheinend geht es nur noch um die Konsolidierung der Staatshaushalte, die Beruhigung der Investoren und die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit. Erst verspätet und verzagt kommt in den letzten Wochen Wachstum als Bedingung für die Überwindung der Schuldenkrise wieder ins Spiel. Weitgehend ausgeblendet bleiben die eigentlichen Ziele, die es in Europa zu erreichen gilt: mehr Wohlstand und sozialer Zusammenhalt.

Die erste Eurodekade von 1998-2008 wird jetzt oft nur noch als eine Zeit unterschätzter Risiken und der Schuldenmacherei gesehen. Die Zinssätze der Staatsanleihen waren angeblich zu niedrig, die Lohnsteigerungen in der Peripherie zu hoch und die Geldpolitik der EZB für Deutschland zu hart und für die anderen zu weich. Dass gerade Deutschland über weite Strecken in dieser Zeit ein schwaches Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit aufwies, trug dazu bei, dass die positiven Seiten dieser Dekade gern vergessen und übersehen werden. In diesen zehn Jahren hat sich dank des Wachstums in der Peripherie die Ungleichheit in der Europäischen Union (EU) deutlich verringert, allerdings vor allem zwischen den Mitgliedstaaten und weniger in ihnen.

Versteckte Ungleichheit in und zwischen Staaten

In einem multinationalen Integrationsraum wie der EU hat Ungleichheit zwei Dimensionen: innerhalb von Staaten und zwischen Staaten. Die EU selbst betrachtet diese beiden Seiten der Ungleichheit durch ihr statistisches Auge Eurostat streng getrennt. Es gibt umfangreiche Daten zu den Einkommensunterschieden zwischen den Ländern (und Regionen) und deren Veränderung und es gibt Daten zur Einkommensverteilung innerhalb der Mitgliedstaaten. Aber Eurostat hat keine realistischen Daten zur Einkommensverteilung in der EU insgesamt, sondern nur einen falsch konstruierten Durchschnittswert (vgl. unten).

Ein auch von Eurostat benutzter, recht anschaulicher Indikator für die Einkommensverteilung ist das Quintilverhältnis S80/S20, das das Verhältnis des Einkommens des ärmsten Fünftels der Bevölkerung zum reichsten Fünftel angibt. Dieses Verhältnis schwankte im Jahr 2010 in den Mitgliedstaaten zwischen 3,4 in Slowenien und 7,3 in Litauen. In Deutschland lag der Wert bei 4,5. Er hat sich damit seit 2007, wo er bei 4,9 angekommen war, in der Krise deutlich verbessert. Der Trend in der EU insgesamt war etwas anders: Im Durchschnitt blieb der Wert bei etwa 5,0; nur auf dem Höhepunkt der Rezession lag er bei 4,9, da anscheinend die Einkommen der ärmeren Haushalte von der Rezession selbst weniger betroffen waren als die der reicheren. Löhne und Transfers brachen weniger ein als Profite.

Eurostat gibt den Durchschnittswert der nationalen Verhältniszahlen als Wert für die EU an. Dieses Vorgehen ist methodisch unhaltbar, wie auch schon Atkinson (2010) in einer EU-offiziellen Publikation² bemerkt hat. Denn dieser Durchschnittswert unterstellt, dass das ärmste bzw. reichste Fünftel der EU-Bevölkerung (knapp hundert Millionen Menschen) sich aus den ärmsten bzw. reichsten nationalen Fünfteln zusammensetzt. Tatsächlich setzt sich aber das ärmste Fünftel der EU überwiegend aus Einwohnern (und zwar nicht nur aus dem dortigen ärmsten Fünftel!) der ärmsten Mitgliedstaaten (Rumänien, Bulgarien etc.) zusammen, während das durchschnittliche Einkommen der ärmsten 20 Prozent in den reichen Ländern (z.B. Deutschland) zu hoch ist, um noch ins ärmste Fünftel der EU zu fallen. Damit liegt der Eurostat-Wert für die EU

unter dem wirklichen Wert und unterschätzt die tatsächliche Ungleichheit gewaltig.

Um eine realistischere Schätzung zu erhalten, kann man versuchen, die annähernd wirklich hundert Millionen ärmsten und reichsten Einwohner zu identifizieren, indem man die nationalen Quintile nach ihrem Prokopfeinkommen ordnet und dann soviel Quintile addiert, bis man auf die gewünschten hundert Millionen kommt. Dabei fängt man für das ärmste EU-Quintil in der Rangfolge der Prokopfeinkommen von unten und für das reichste von oben an. Dieses bessere, wenn auch sicher die Ungleichheit immer noch unterschätzende Verfahren hat bisher Werte für 2005 bis 2008 geliefert.³ Sie zeigten, dass der methodisch falsche Eurostat-Wert, der fast konstant 5,0 betrug⁴, nicht nur das Niveau der Ungleichheit erheblich unterschätzt, sondern auch ihre Entwicklung falsch einschätzte, da er die Abnahme der Ungleichheit in der EU insgesamt durch die Aufholprozesse der ärmeren Länder in diesem Zeitraum ignorierte und vor allem die gleichzeitige Zunahme der innerstaatlichen Ungleichheit abbildete.

Tabelle 1:

S80/S20-Verhältnisse für die EU-25 und EU-27

Jahr	EU-25		EU-27	
	Euro	KKS	Euro	KKS
2005	8.85	6.21		
2006	8.07	5.75		
2007	8.05	5.93	11.20	7.23
2008	7.58	5.67	10.13	6.79
2009			8,47	5,62
2010			9,48	6,99

Quelle: Eurostat; Berechnungen der Autoren.

In der Tabelle 1 werden nun die Werte für 2009 und 2010 vorgestellt, die einen ersten Eindruck von den Auswirkungen der Krise erlauben. Sie beruhen auf einer in jedem Jahr neuen Konstruktion der ärmsten und reichsten EU-Quintile nach der beschriebenen Methode (siehe Tabelle 2). Die Daten für 2009/2010 sind eventuell nicht genau vergleichbar mit denen früherer Jahre, da die Datenbasis nicht identisch ist. Trotzdem dürften die wichtigen Trends angemessen wiedergegeben sein. Der Trend (Anstieg der Ungleichheit zwischen 2009 und 2010) stimmt für diese Jahre (zu-

Tabelle 2:
Die ärmsten (rot) und reichsten (grün) Quintile der EU in Euro und in Kaufkraftstärken 2009 und 2010

Mitgliedstaat	Pro-Kopfeinkommen in Euro 2009					Pro-Kopfeinkommen in Euro 2010					Pro-Kopfeinkommen in Euro (KKS) 2009					Pro-Kopfeinkommen in Euro (KKS) 2010				
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q5	Q1	Q2	Q3	Q4	Q5	Q1	Q2	Q3	Q4	Q5	Q1	Q2	Q3	Q4	Q5
Bulgarien	1.125	2.028	2.828	3.781	6.624	1.201	2.203	3.014	4.028	7.034	2.192	3.954	5.513	7.371	12.912	2.364	4.336	5.933	7.930	13.847
Rumänien	773	1.531	2.154	2.943	5.177	789	1.483	2.046	2.814	4.737	1.342	2.658	3.739	5.109	8.988	1.342	2.522	3.479	4.786	8.056
Lettland	1.949	3.672	5.492	7.720	14.287	1.693	3.241	4.557	6.377	11.709	2.565	4.832	7.226	10.158	18.798	2.344	4.489	6.311	8.832	16.218
Litauen	1.984	3.500	4.824	6.671	12.463	1.495	2.966	4.061	5.649	10.911	2.943	5.192	7.157	9.897	18.490	2.297	4.557	6.239	8.677	16.760
Polen	2.380	3.867	5.101	6.755	11.814	2.020	3.314	4.417	5.798	10.025	4.090	6.644	8.764	11.607	20.299	3.264	5.354	7.135	9.367	16.196
Estland	2.817	4.543	6.195	8.366	14.109	2.654	4.343	5.772	7.850	13.285	3.683	5.938	8.098	10.936	18.443	3.548	5.806	7.717	10.494	17.760
Ungarn	2.581	3.816	4.733	5.829	9.045	2.318	3.422	4.251	5.257	7.904	4.071	6.019	7.465	9.193	14.266	3.572	5.272	6.550	8.100	12.178
Slowakei	3.082	4.653	5.684	7.060	10.971	3.148	4.961	6.127	7.713	11.970	4.187	6.322	7.723	9.592	14.906	4.391	6.920	8.545	10.757	16.695
Tschechische Republik	4.250	6.059	7.314	8.974	14.711	4.081	5.880	7.073	8.720	14.144	5.814	8.289	10.005	12.276	20.124	5.426	7.819	9.406	11.596	18.809
Portugal	3.741	6.236	8.304	11.218	22.442	3.936	6.461	8.689	11.716	21.876	4.194	6.991	9.309	12.576	25.160	4.462	7.325	9.852	13.283	24.803
Griechenland	4.734	8.668	11.523	15.373	27.196	5.016	8.830	12.015	15.971	27.961	4.983	9.125	12.129	16.182	28.628	5.275	9.285	12.634	16.794	29.401
Malta	5.457	8.146	10.685	13.880	21.625	5.171	8.076	10.474	13.544	22.058	6.961	10.390	13.629	17.704	27.583	6.630	10.354	13.428	17.364	28.279
Spanien	4.811	9.778	13.330	17.922	28.897	4.288	9.436	13.016	17.597	29.366	4.920	9.998	13.630	18.326	29.547	4.416	9.718	13.404	18.123	30.243
Slowenien	6.514	9.746	11.912	14.461	21.077	6.240	9.469	11.734	14.493	21.326	7.609	11.386	13.916	16.894	24.623	7.375	11.192	13.870	17.131	25.208
Italien	6.707	11.660	15.677	20.790	34.992	6.715	11.916	16.003	21.027	34.880	6.394	11.115	14.945	19.819	33.357	6.488	11.513	15.462	20.316	33.700
Zypern	8.730	13.308	17.409	22.017	36.766	8.730	13.308	17.409	22.017	36.766	9.690	14.770	19.322	24.436	40.805	9.367	14.710	19.207	24.988	42.200
Deutschland	8.946	14.542	18.643	23.840	40.078	9.064	14.614	18.868	24.245	40.807	8.432	13.706	17.571	22.469	37.774	8.690	14.011	18.090	23.245	39.125
Frankreich	10.441	15.689	19.825	25.050	46.022	10.279	15.784	20.089	25.635	45.461	9.289	13.958	17.638	22.286	40.945	9.277	14.246	18.131	23.137	41.030
Belgien	9.486	14.920	19.327	24.244	37.025	9.682	15.065	19.490	24.598	37.920	8.447	13.286	17.210	21.589	32.970	8.691	13.524	17.496	22.081	34.040
Vereinigtes Königreich	7.451	12.291	16.348	21.867	38.798	7.792	12.836	17.205	23.153	41.638	7.714	12.724	16.924	22.637	40.163	7.769	12.798	17.154	23.084	41.513
Österreich	10.658	15.903	19.906	24.975	39.067	11.151	16.568	20.615	25.809	41.637	9.869	14.725	18.432	23.125	36.173	10.490	15.586	19.394	24.280	39.169
Finnland	11.067	16.543	20.938	25.957	41.080	11.472	16.962	21.363	26.459	41.370	8.875	13.266	16.791	20.815	32.943	9.289	13.735	17.298	21.424	33.498
Niederlande	10.545	16.309	20.160	25.091	41.833	11.012	16.469	20.376	25.445	40.134	9.782	15.129	18.702	23.275	38.806	10.234	15.306	18.937	23.648	37.299
Schweden	10.473	16.983	21.236	25.877	38.551	9.951	15.752	19.680	23.997	35.151	9.653	15.653	19.572	23.850	35.531	8.183	12.954	16.184	19.734	28.907
Irland	11.339	16.901	22.383	29.516	48.000	9.633	14.916	19.893	27.511	50.416	8.950	13.339	17.666	23.296	37.885	8.088	12.524	16.703	23.099	42.331
Dänemark	9.641	20.082	25.039	30.284	44.426	10.598	20.290	25.619	31.368	46.672	6.705	13.966	17.412	21.060	30.895	7.442	14.249	17.991	22.028	32.775
Luxemburg	16.139	24.441	31.633	40.552	69.568	16.297	24.648	32.323	41.929	66.835	13.349	20.216	26.165	33.542	57.541	13.525	20.455	26.824	34.796	55.464

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

fällig?) mit dem des methodisch falschen Eurostat-Indikators (2009: 4,9; 2010: 5,0)⁴ überein.

Beim internationalen Vergleich der Prokopfeinkommen kann man diese zu Wechselkursen oder zu Kaufkraftstärken (KKS) umrechnen. Da die Preise vor allem vieler Dienstleistungen in ärmeren Ländern niedriger sind, ist das reale Einkommen, gemessen in Kaufkraft, dort höher als bei einem Vergleich zu Wechselkursen. Entsprechend schwächer fällt die Ungleichheit aus (jeweils 2. Spalte in Tabelle 1). Auch die Zusammensetzung der EU-Quintile verändert sich. So gehören nun die reichsten Fünftel der ärmsten Länder nicht mehr zum untersten EU-Quintil (vgl. Tabelle 2).

Krise und Ungleichheit

2009 lag nach diesen Berechnungen die Ungleichheit in der EU auf einem Tiefstand. Die EU-27 mit den beiden bevölkerungsreichen Armenhäusern Bulgarien und Rumänien war damals weniger ungleich als die EU-25 im Jahr 2005 vor dem Beitritt dieser beiden Länder. Dieser erfreuliche Zustand auf dem Höhepunkt der Großen Rezession (Einbruch des Bruttoinlandsprodukts der EU um ca. 4,6 Prozent) ist wahrscheinlich ein Nachlaufeffekt des vorherigen Booms bzw. des ungleichzeitigen Einsetzens der Rezession in den ärmeren und reicheren EU-Ländern. 2008 wiesen die meisten armen Länder noch recht ordentliche Wachstumsraten auf, während das BIP in den reicheren schon zu schrumpfen begann. Ein weiterer Grund ist die oben schon erwähnte relativ positive Entwicklung der innerstaatlichen Einkommensverteilung in der Krise aufgrund der asymmetrischen Wirkung auf Löhne und Profite. Die Lohnquote erreichte 2009 in der EU nach mehrjährigem Niedergang davor mit 58,9 Prozent (bzw. 66,3 Prozent zu Faktorkosten – beide Angaben aus der ameco data base) ebenfalls einen zeitweiligen Höhepunkt.

Doch dieser niedrige Stand der Ungleichheit stellt gleichzeitig auch einen Wendepunkt in der

Entwicklung dar. 2010 hatte die Ungleichheit wieder zugenommen, auch wenn sie noch unter dem Niveau von 2008 lag. Auch hier liegen die Ursachen sowohl im inner- wie im zwischenstaatlichen Bereich. Die Länder der armen Peripherie waren 2009 von der Krise stärker betroffen als das Zentrum und wuchsen auch 2010 nicht viel schneller, wodurch der Aufholprozess zum Stillstand bzw. sogar zur Umkehr kam. Die innerstaatliche Verteilung war 2010 auch wieder ungleicher als 2009, was man auch an der Lohnquote (Rückgang auf 58 Prozent bzw. 65,6 Prozent) sehen kann.

Der Gleichschritt in der Entwicklung von inner- und zwischenstaatlicher Ungleichheit erklärt auch die Richtungsübereinstimmung (bei immer noch riesigen Niveauunterschieden) mit dem falschen Eurostat-Indikator. In den Wachstumsjahren vor 2009 war es meist umgekehrt. Die zwischenstaatliche Konvergenz ging mit einer Zunahme innerstaatlicher Ungleichheit einher. Im Zeichen der Schuldenkrise könnte in den nächsten Jahren der Gleichschritt wie 2010 nach unten weitergehen, aber ganz klar ist das nicht. Eine solche Entwicklung ist zwar in den Schuldnerländern Griechenland, Spanien, Irland und Portugal zu erwarten, in denen sich Rezession und wachsende Ungleichheit verbinden dürften. Aber Irland und Spanien gehören vom durchschnittlichen Prokopfeinkommen zur Gruppe der reicheren Länder (siehe auch Tabelle 2, in der Irland nur Beiträge zum reichsten EU-Quintil und das große Spanien zu beiden EU-Quintilen leistete). Deren relativer Niedergang reduziert also die zwischenstaatliche Ungleichheit, wenn auch auf wenig wünschenswerten Wegen. Die übrigen armen Länder, vor allem in Mittel- und Osteuropa, scheinen aber wieder schneller zu wachsen als das Zentrum. Insofern könnte die EU partiell wieder zum Wachstumsmodell der Vorkrisenzeit zurückkehren, allerdings absehbar mit gebremstem Schaum, was aber der europäischen Wirtschaft die schmerzhaften implisiven Folgen der Blasenbildung ersparen könnte.

1 Dr. Michael Dauderstädt ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Cem Keltek studiert Ökonomie und Mathematik und ist Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung.

2 Atkinson, A.B.; Marlier, E.; Montaigne, F.; Reinstadler, A.: Income poverty and income inequality, S. 101-131, hier S. 109, in: Atkinson, A.B.; Marlier, E. (eds.): Income and living conditions in Europe, Eurostat, Publications Office of the EU, Luxembourg 2010.

3 Zur Methode und früheren Ergebnissen siehe Dauderstädt, M.: Ungleichheit und sozialer Ausgleich in der erweiterten Europäischen Union, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 88, No. 4, April 2008: 261-269, sowie Dauderstädt, M. und Keltek, C.: Immeasurable Inequality in the European Union, in: *intereconomics* 1/2011: 44-51.

4 http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_di11&lang=en (Zugriff am 14.8.2012).